

Stellungnahme von Lydia Klinkenberg zur Interpellation von
Alfons Velz an Ministerpräsident Karl-Heinz Lambertz
Plenarsitzung vom 18.11.2013

Es gilt das gesprochene Wort

Die Zukunft der öffentlichen Investitionen

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Regierung,
werte Kolleginnen und Kollegen,

mein Kollege hat es bereits in seiner Interpellation gesagt: Die so genannten SEC95-Normen – der korrekte Name in Deutsch ist eigentlich ESVG-95-Standards, also das „Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ – werden in Zukunft nicht mehr wie bisher nur für die Deutschsprachige Gemeinschaft gelten, sondern auch für unsere Gemeinden.

Ziel der Europäischen Union ist es also durch dieses auf EU-Ebene geltende Regelwerk der staatlichen Buchführung, eine einheitliche Rechnungslegung zu ermöglichen und damit über bessere Möglichkeiten zu verfügen, die Haushaltsergebnisse der Mitgliedstaaten und die Entwicklung der Wirtschaft in den verschiedenen EU-Ländern besser miteinander vergleichen zu können.

Die Kombination aber aus den Vorgaben, die durch diese neuen Buchhaltungsstandards u.a. für die Gemeinden entstehen, der Notwendigkeit für alle, ab 2015 in jedem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen und der Schuldenbremse, die uns ab 2019 zwingt, auf an-

rechenbare Anleihen zu verzichten, wird sich wesentlich auf die künftigen Investitionen der öffentlichen Hand auswirken.

Diese Kombination aus all diesen Vorgaben macht Investitionen, zum Beispiel wie wir sie in den letzten Jahren in den Schulbau getätigt haben, schon ab dem kommenden Jahr unmöglich. Für das PPP-Schulbauprogramm hat die DG bekanntlich 74 Millionen Euro an Eigenmitteln aufgebracht.

Auf der Grundlage der SEC95-Norm müssen diese 74 Millionen integral in dem Haushaltsjahr verbucht werden, in dem sie getätigt werden. Sie können also nicht wie in der Privatwirtschaft üblich über mehrere Jahre amortisiert werden. Konkret bedeutet das also, dass eine Investition in Infrastrukturen nicht über mehrere Haushaltsjahre verteilt werden darf.

Da keine Amortisierung laut SEC95-Norm und auch kein Haushaltsdefizit mehr erlaubt sind, müsste die DG demnach in diesem einen einzigen Haushaltsjahr einen Gewinn von 74 Millionen Euro verbuchen, um die Ausgabe von 74 Millionen Euro tätigen zu dürfen, was ja völlig illusorisch ist. Denn die DG wird zwar ab 2015 über einen ausgeglichenen Haushalt verfügen und auch leichte Überschüsse erwirtschaften können, aber niemals in einem einzigen Jahr einen Gewinn von 40% ihres Gesamthaushalts erzielen.

Ergo: Die DG dürfte eine solche Investition in Schulbauten selbst dann nicht mehr tätigen, wenn sie die 74 Millionen Euro auf dem Sparbuch liegen hätte. Investitionen, wie sie in den vergangenen Jahren noch üblich waren, werden nach den neuen Vorgaben nicht mehr möglich sein, selbst wenn die DG das Geld angespart hat und es auf der hohen Kante liegt.

Schlimmer noch, man nimmt dem Staat dadurch das Interesse daran, Reserven anzulegen, wenn man mal von den bescheidenen Zinsge-

winnen absieht, weil er diese Reserven nicht mehr für Investitionen nutzen kann. Hinzu kommt, dass die öffentliche Hand ab 2019 auch keine Anleihen mehr machen darf.

Man kann natürlich sagen, dass eine so große Investition wie das Schulbauprogramm nicht mehr nötig sein wird, aber das Prinzip gilt auch für kleinere Investitionen. Sollte man also z.B. In einem bestimmten Jahr mal 5 Millionen Euro in die Sanierung eines Altenheims investieren wollen, was angesichts der finanziellen Situation der DG eigentlich auch möglich wäre, so würde auch das voraussetzen, dass die DG in diesem einen Jahr einen Gewinn von 5 Millionen Euro erwirtschaftet. Und ob das in dem einen Jahr, in dem die Investition ansteht, auch gelingt ist Lotterie...

Außerdem werden auf der derselben Grundlage der SEC95-Norm künftig die Haushalte der neun Gemeinden mit dem Haushalt ihrer Aufsichtsbehörde, also der DG, konsolidiert. D.h. Wenn z.B. die Gemeinde Raeren wie vor einigen Jahren 13 Millionen Euro in eine Schule investieren möchte und sich das sogar leisten kann, dann müssen entweder die DG oder aber die deutschsprachigen Gemeinden zusammen in diesem Jahr einen Gewinn von 13 Millionen Euro erwirtschaften.

Da stellt sich die Frage, wie das funktionieren soll? Denn einerseits wird es schwierig sein als Öffentliche Hand so hohe Gewinne zu erzielen – immerhin sind Staaten nicht der Gewinnerzielungsabsicht, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet; andererseits wird es genau so schwierig sein, die notwendigen Absprachen zu treffen, um dafür zu sorgen, dass eine Gemeinde in einem bestimmten Jahr eine dringend notwendige Investition tätigen kann und gleichzeitig alle anderen Gemeinden in diesem Jahr nicht nur auf ihre Investitionen verzichten, sondern auch noch den dafür notwendigen Haushaltsüberschuss erzielen.

Nun ist das Verhältnis zwischen der Aufsichtsbehörde DG und den 9 deutschsprachigen Gemeinden sehr eng und partnerschaftlich, so dass die DG mit Sicherheit eine Vermittlerrolle übernehmen kann, aber einfach wird das ganz bestimmt nicht werden, denn gleichzeitig muss auch die Autonomie der Gemeinden, die für uns einen hohen Stellenwert hat, gewahrt werden.

In jedem Fall müssen wir befürchten, dass wichtige Investitionen in öffentliche Infrastrukturen nur noch sehr begrenzt möglich sein werden. Dadurch könnten wesentliche Dienstleistungen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich und auf kultureller Ebene ernsthaft gefährdet werden. Von den jetzt schon dringend notwendigen Investitionen in den Straßenbau möchte ich gar nicht sprechen.

Mal davon abgesehen ist das auch eine beunruhigende Nachricht für die private Wirtschaft in der DG, d.h. für die vielen selbstständigen Handwerker und die mittelständischen Unternehmen, die in der Vergangenheit Aufträge der öffentlichen Hand ausgeführt haben.

Schlussendlich gefährdet das auch das Wirtschaftswachstum im ganzen Land und darüber hinaus. Darunter leidet dann auch die Kaufkraft und die Beschäftigung verbunden mit einem möglichen Anstieg der Arbeitslosenzahlen, der dann wieder zu zusätzlichen Ausgaben der öffentlichen Hand führen würde, die aber gleichzeitig angehalten wird, Gewinne zu erwirtschaften. Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben sind aber für Gewinnerzielung keine idealen Voraussetzungen – schon gar nicht wenn zeitgleich der Schuldenabbau beschleunigt werden muss.

Das ganze Szenario gleicht also einem Teufelskreis. Leider werden wir – genau so wenig wie alle anderen Staaten und Teilstaaten in Europa – nicht umhin kommen, mit dieser Situation zurechtzukommen. Aber wir haben ein großes Interesse daran, uns dafür einzusetzen, dass auf

europäischer Ebene die Austeritätspolitik gelockert wird, um beispielsweise zumindest Investitionen in grundlegende, wichtige Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Soziales und Straßenbau tätigen zu können. Die Lösung kann nicht daran bestehen, wichtige öffentliche Investitionen zu privatisieren.

Außerdem müssen wir uns als DG Gedanken machen, welche alternativen Formen der Investitionen es für uns geben könnte, um all die Dienstleistungen abzusichern, auf die unsere Bevölkerung aufgrund ihrer Steuern einen berechtigten Anspruch hat.

Herr Ministerpräsident, ich bin gespannt auf Ihre Ausführungen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.